



An Langzeitarbeitskonten führt kein Weg vorbei!

Immer wieder hat die GdP in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass der bestehende Überstundenberg bei der Polizei erheblich größer ist, als vom Innenministerium behauptet. Denn zu den Überstunden zählen nicht nur 3,6 Millionen Arbeitsstunden, die in den Behörden offiziell als Mehrarbeitsstunden registriert sind, sondern auch die 1,8 Millionen Überstunden, die auf GLAZ-, FLAZ- oder sonstigen Differenzkonten gebucht sind. Das hat jetzt auch Innenminister Herbert Reul (CDU) eingeräumt. Ende Januar hat er gegenüber dem Düsseldorfer Innenausschuss erstmals von 5,4 Millionen Überstunden bei der NRW-Polizei gesprochen – ohne die 2017 angefallenen, weiteren Überstunden. Aber auch so sind das bereits 1,5 Millionen Stunden mehr, als noch vor zwei Jahren vom damaligen Innenminister Ralf Jäger (SPD) genannt worden sind. Ein Konzept, wie der gewaltige Überstundenberg abgebaut werden kann, will Reul in Kürze vorlegen.

Wie das Konzept im Detail aussehen wird, wird zurzeit im Innenministerium erarbeitet, zwei Elemente stehen aber bereits fest: Erstens hat Reul im Innenausschuss angekündigt, dass das Gesamtkonzept einen „Verfallschutz von Mehrarbeitsstunden und sonstigen Stundenguthaben“ umfassen soll. Zweitens hat er erklärt, dass in dem geplanten Mehrarbeitskonzept Langzeit- oder Lebensarbeitszeitkonten eine wesentliche Rolle spielen sollen.

Mit seinem Vorstoß greift der Innenminister zwei Kernforderungen der GdP auf: Zum einen hat die GdP in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert, dass nach der bisherigen Rechtslage ab Ende dieses Jahres alle ab 2015 entstandenen Überstunden verfallen, sobald sie die Drei-Jahres-Grenze erreichen. Diese Regelung ist nicht nur ungerecht, sondern sie schadet auch der Polizei. In der jetzigen Bedrohungslage können die Behörden niemanden nach Hause schicken – nur weil sonst dessen Überstunden verfallen. Zum anderen sind die Möglichkeiten für die Beamten, sich die ent-

standenen Überstunden auszahlen zu lassen, völlig unattraktiv. Von den 20,56 Euro brutto, die sie hierfür nach der aktuellen Mehrarbeitsvergütung für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 erhalten, bleiben ihnen

die Stundensätze für die Auszahlung der Überstunden im Rahmen einer Einmalaktion um 50 Prozent zu erhöhen, um auf diesem Weg zumindest einen Teil des Überstundenbergs bei der Polizei abzubauen.

Nach Berechnungen der GdP müsste das Land dafür rund 75 Millionen Euro aufbringen.

Dieser Anregung ist die Landesregierung nicht gefolgt. Stattdessen hatte sie über den Nachtragshaushalt für 2017 lediglich zehn Millionen Euro zusätzlich für die Auszahlung von Überstunden bereitgestellt, allerdings ohne die Stundensätze zu erhöhen. Ende des vergangenen Jahres hat die GdP deshalb in ihrer Stellungnahme für den Haushalt für 2018 erneut darauf hingewie-

sen, dass die Stundensätze für die Auszahlung der Überstunden erhöht werden müssen. Diese Forderung muss jetzt Eingang in das von Innenminister Reul angekündigte Konzept zum Abbau des Überstundenbergs bei der Polizei finden.

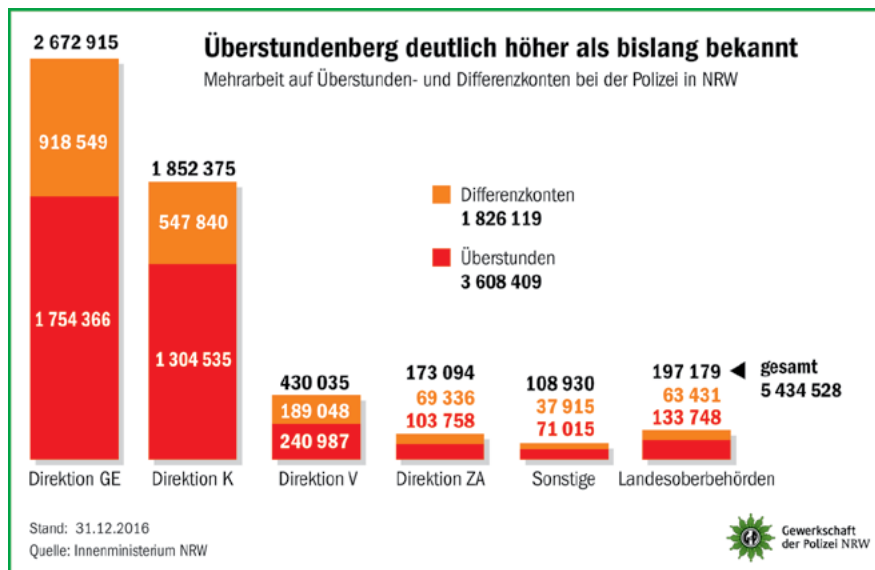
Das alleine wird allerdings nicht reichen, um das Überstundenprob-



Wer über 50 ist, sollte eigentlich raus aus dem dauernden Wechsel aus Früh-, Spät- und Nacharbeit, aber die Möglichkeiten dazu sind begrenzt. Auch wegen der Überalterung der Polizei. Deshalb fordert die GdP schon seit Langem die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten bei der Polizei, damit alle, die auf Dauer im Wechselschichtdienst bleiben müssen, zumindest vorübergehend eine Auszeit nehmen können.

netto gerade einmal 10 bis 12 Euro übrig. Auch in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 mit Stundensätzen von 28,36 Euro brutto sieht es netto nicht viel besser aus. Bereits im vergangenen Jahr hat die GdP deshalb die schwarz-gelbe Landesregierung bei der Anhörung für den Nachtragshaushalt für 2017 aufgefordert,





Alleine bis Ende 2016 ist der Überstundenberg bei der Polizei in NRW auf mehr als 3,6 Millionen Stunden gestiegen. Weitere 1,8 Millionen Überstunden sind auf den Differenzkonten geparkt. Damit ist die Gesamtzahl aller Überstunden auf 5,4 Millionen gestiegen. Das hat das Innenministerium auf eine Anfrage der SPD-Fraktion eingeräumt.

lem bei der Polizei zu lösen. Weil zu viel Arbeit auf Dauer krank macht, muss die Mehrarbeit bei der Polizei in Zukunft vor allem durch Freizeit ausgeglichen werden.

Die Ankündigung von Innenminister Reul, dass es demnächst auch bei der Polizei Langzeitarbeitskonten geben soll, wird deshalb von der GdP ausdrücklich begrüßt. Die GdP macht sich schon seit Jahren für deren Einführung stark. Langzeitarbeitskonten würden den Beschäftigten bei der Polizei die Möglichkeit geben, vorübergehend eine längere Auszeit zu nehmen.

Um mehr Zeit für die eigene Familie und für Freunde zu haben, um endlich die immer wieder aufgeschobene Weltreise zu machen, oder um einfach mal wieder aufzutanken. Dann lässt sich die stressige Arbeit bei der Polizei auch wieder leichter verkraften.

Zwischendurch eine Auszeit – Das nutzt auch der Polizei!



Wer im ständigen Wechsel früh, spät, nachts, bei Einsätzen oder in Ermittlungsdienstkommissionen arbeitet, kommt um gesundheitliche Blessuren nicht herum. Nach jahrzehntelangen Belastungen sind für viele Schlafstörungen fast schon genauso normal, wie eine eingeschränkte Belastbarkeit. Von ernsthaften Gesundheitsschäden ganz zu schweigen! Deshalb wollen viele, die diesen Belastungen ausgesetzt sind, raus aus dieser Tretmühle! Zumindest vorübergehend!

Früher war das möglich. Früher galt der Satz: Wer 50 ist, kommt runter vom Bock. Muss sich zumindest nachts nicht mehr mit einem aggressiven, oft unter Alkohol stehenden polizeilichen Gegenüber streiten. Das gilt heute nicht mehr. Wer heute auf dem Streifenwagen sitzt, bleibt dort unter Umständen lebenslang. Auch in den Kriminalkommissariaten ist die Arbeitsbelastung nicht geringer. Deshalb gibt es bei den Beschäftigten der Polizei schon lange den Wunsch, zumindest vorübergehend eine Auszeit zu nehmen. Ein paar Monate, vielleicht sogar ein ganzes Jahr, um mal etwas ganz anderes zu machen. Um sich Zeit für die eigenen Kinder zu nehmen, wenn sie ihre Eltern besonders nötig haben, oder für die Pflege der Eltern oder naher Angehöriger, oder

einfach nur, um in die Welt aufzubrechen, dorthin, wo ich immer schon hinwollte, aber keine Zeit dafür hatte.

Wer aus so einer Arbeitszeitpause zurückkommt, hat wieder Spaß an der eigenen Arbeit. Und er ist wieder belastbar. Deshalb profitieren von einer längeren Auszeit nicht nur diejenigen, die sich eine Arbeitspause gönnen, sondern auch die Polizei, die belastbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückbekommt.

Die Industrie hat das schon früh erkannt. Deshalb gibt es in vielen Unternehmen und Branchen Lebensarbeitszeitkonten, in die die Beschäftigten ihre Mehrarbeit einzahlen, um mit ihrer Hilfe zu einem späteren Zeitpunkt eine vorübergehende Arbeitspause zu finanzieren. Die GdP fordert schon seit Langem, dass Langzeitarbeitskonten auch bei der Polizei eingeführt werden. Dass Innenminister Reul diese Idee der Vorgängerregierung jetzt weiterführen will, ist ein richtiges und wichtiges Signal. In den letzten Jahren haben wir genug darüber geredet. Jetzt wird es endlich Zeit, dass konkrete Umsetzungsschritte auf den Weg gebracht werden! Über die Details der Umsetzung kann man mit der GdP sprechen.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender



Fünf Modelle, fünf Behörden, fünf Wochen

Probelauf für den neuen Streifenwagen gestartet

Dass es beim Umstieg auf einen neuen Streifenwagen eine Eingewöhnungsphase gibt, in der auf den Wachen nicht nur die Vorteile des neuen Autos diskutiert werden, sondern auch dessen Schwachpunkte, ist normal. Aber die Kritik, die vor drei Jahren bei der Ablösung des VW Passat durch den BMW 318 Touring von vielen Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes geäußert worden ist, ging weit darüber hinaus. Sie ist seitdem auch nicht abgeebbt – weil das ausgewählte Fahrzeug schlicht zu klein ist. Dieser Fehler soll sich bei der jetzt anstehenden Entscheidung über die nächste Fahrzeuggeneration der NRW-Polizei nicht wiederholen. Ende Januar hat Innenminister Herbert Reul (CDU) deshalb einen auf fünf Wochen ausgelegten Pilotlauf gestartet, in dem Kolleginnen und Kollegen aus fünf Polizeibehörden in NRW fünf verschiedene Automodelle auf deren Praxistauglichkeit prüfen. Getestet werden die Kompakt-Vans BMW Gran Tourer, Ford S-Max, VW Touran, Opel Zafira und Mercedes Vito.



Reul greift mit dem Probelauf eine Forderung der GdP auf, die bereits unmittelbar nach der Entscheidung für die Einführung des BMW 318 Touring kritisiert hatte, dass bei der Auswahl des neuen Streifenwagens nicht die Erfahrung der Beamtinnen und Beamten genutzt worden war, die jeden Tag im Streifenwagen ihren Dienst versehen.

„Dass der Kofferraum des BMW Touring zu klein ist, um alle Ausrüstungsgegenstände mitzuführen, die die Beamten bei ihren Einsätzen vor Ort brauchen, hätte man auch vorher sehen können“, kritisiert GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert die damalige Entscheidung. Ein Problem, dass sich in den vergangenen Monaten sogar noch verschärft hat, weil im Streifenwagen wegen der veränderten Sicherheitslage nicht nur die Maschinenpistolen ständig mitgeführt werden müssen, sondern auch die neuen Schutzwesten, um sie bei einem Terroranschlag sofort zur Hand zu haben. Demnächst kommt noch der ballistische Schutzhelm hinzu. Wie er im BMW Touring verstaut werden kann,

ist bislang noch nicht geklärt. Probleme gibt es zudem bei zulässigen Gesamtgewicht des BMW Touring. Wenn neben der beiden Streifenbeamten noch ein Kommissar-Anwärter im Praktikum mitfährt oder wenn jemand verhaftet worden ist und zur Wache gebracht werden muss, ist das zulässige Gesamtgewicht des Streifenwagens schnell erreicht

Welcher der jetzt im Probelauf getesteten Fahrzeuge den Zuschlag erhalten wird, ist noch nicht entschieden. Dazu will das Innenministerium erst die Rückmeldungen der am Probelauf beteiligten Beamten abwarten. Zudem muss der Auftrag für die rund 2000 benötigten Streifenwagen europaweit ausgeschrieben werden. Dabei können sich auch weitere Hersteller um den Auftrag bewerben, wenn sie die vom Innenministerium benannten Kriterien erfüllen. Aus Sicht der GdP könnte am Ende auch ein Mix aus unterschiedlichen Fahrzeugtypen zum Zuge kommen, um so auf die unterschiedlichen Einsatzanforderungen besser reagieren zu können.

Entscheidung wieder vor Ort

Nach massiver Kritik aus den Behörden und vonseiten der GdP plant das Innenministerium eine erneute Änderung der erst im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol): In Zukunft soll wieder der unmittelbar Vorgesetzte Mehrarbeit anordnen dürfen. In geschlossenen Einheiten kann die Entscheidung zudem wieder auf den Polizeiführer übertragen werden. Das soll auch dann gelten, wenn Kräfte aus mehreren Polizeibehörden eingesetzt werden. Zudem sollen die Polizeibehörden jetzt bis zum 30. Juni Zeit bekommen, um ihre Schichtdienstmodelle auf die neuen Vorgaben des Innenministeriums umzustellen. Das geht aus einem Entwurf zur Änderung der AZVOPol hervor, den das Innenministerium Anfang Februar zur Verbändeanhörung vorgelegt hat.

Beide geplanten Änderungen sind aus Sicht der GdP richtig. Sie sollen nach den Plänen des Innenministeriums kurzfristig in Kraft treten. Darüber hinaus plant das Ministerium zu einem späteren Zeitpunkt weitere Änderungen an einzelnen Details der AZVOPol. Vordringlich ist dabei aus Sicht der GdP vor allem eine Nachbesserung der bestehenden Härtefallregelung für die Dienstbefreiung bei Nachtdiensten.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de



Auslieferung der ballistischen Schutzhelme soll noch in diesem Jahr beginnen



Der neue ballistische Schutzhelm wird ein Visier als Splitterschutz haben.

Seit den Terroranschlägen von Paris gehen die Polizisten, die mit ihrem Streifenwagen als erste am Tatort sind, gezielt gegen die Täter vor, statt auf das Eintreffen von Spezialkräften zu warten. Für die Beamten ist die neue Einsatzstrategie mit erheblichen Gefahren verbunden, denn die Terroristen verfügen wahrscheinlich über großkalibrige Waffen mit hoher Durchschlagskraft. Zu verantworten ist die neue Einsatzstrategie der Polizei für die GdP nur, wenn die Beamten mit einer entsprechenden Schutzausrüstung ausgestattet sind. Bereits 2016 sind deshalb in NRW alle Streifenwagen mit zwei ballistischen Schutzwesten ausgerüstet worden – als einem der ersten Bundesländer überhaupt. Bei der Ausstattung der Fahrzeuge mit einem ballistischen Schutzhelm hinkt NRW dagegen der Entwicklung in anderen Bundesländern hinterher. Der Grund: Der neue Schutzhelm muss einerseits höchstmögliche Sicherheit gegen Beschuss

und Splitterwirkung entfalten. Er darf andererseits aber nicht so schwer sein, dass er die Aktionsfreiheit der Beamten im Einsatzfall einschränkt.

Das LZPD in Duisburg hat deshalb in den vergangenen Monaten ausführlich alle infrage kommenden Helme getestet und Anfang des Jahres einen Helm zur Anschaffung vorgeschlagen, der eine hohe Schutzwirkung erzielt, aber deutlich unter drei Kilogramm wiegt. Innenminister Herbert Reul (CDU) hat Ende Januar angekündigt, dass das Land dieser Empfehlung folgen und insgesamt 7000 neue ballistische Schutzhelme anschaffen wird. Die Auslieferung der ersten Helme soll noch in diesem Jahr beginnen, nach Abschluss des dafür erforderlichen Ausschreibungsverfahrens.

Die Kosten für die neuen Schutzhelme belaufen sich voraussichtlich auf fünf Millionen Euro. Der Landtag hat die entsprechenden Mittel bereits zur Verfügung gestellt.

Auslieferung der Außentragehülle beginnt

Es hat lange gedauert: Bereits auf dem Landesdelegiertentag im April 2014 hat sich die GdP für die Ausstattung aller Polizistinnen und Polizisten in NRW mit einer Außentragehülle (ATH) für die ballistischen Unterziehschutzwesten stark gemacht – jetzt kommt sie endlich! Ab April dieses Jahres werden als Erstausrüstung insgesamt 25 000 Außentragehüllen ausgeliefert, geplant sind 2500 Exemplare pro Monat.

Mit der neuen Außentragehülle bekommen auch die Polizisten in NRW die Möglichkeit, nach Bedarf zu entscheiden, ob sie ihre Schutzweste „drüber“ oder „drunter“ tragen wollen. Das ist vor allem an heißen Sommertagen eine sinnvolle Alternative.

An der Hülle lassen sich zudem Ausrüstungsgegenstände befestigen. Die Außentragehülle bietet deshalb die Möglichkeit, den Einsatzgürtel zu entlasten. Für die Autobahnpolizei wird die Weste mit zusätzlichen Klett-pads in Neongelb ausgestattet, um bei Bedarf die Sichtbarkeit im Straßenverkehr zu erhöhen.



Auch für die Außentragehülle gilt: Sie muss aus Gründen des Eigenschutzes schwer entflammbar sein.



GdP warnt vor Aufrüstung im Alltag

Auch drei Jahre nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016 wirken die damaligen massiven sexuellen Übergriffe noch immer auf das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung nach. Das zeigen neue Zahlen zur Verbreitung des Kleinen Waffenscheins, der zum Mitführen von Schreckschusspistolen und Pfeffersprays berechtigt. Während 2015 in NRW rund 70 000 Personen im Besitz eines Kleinen Waffenscheins waren, stieg deren Zahl bis Ende 2016 auf 119 000. Im November 2017 zählte das Düsseldorfer Innenministerium bereits 143 000 Genehmigungen zum Tragen von Pfefferspray und Schreckschusspistolen.

Die GdP sieht in der zunehmenden Selbstbewaffnung der Bevölkerung neue Gefahren. „Wir sehen in diesen Waffen eher eine Gefahr als eine Schutzfunktion“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Ende Januar gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. „Vor allem der Einsatz von Schreckschusspistolen kann die Situation leicht eskalieren lassen“, warnte er. Besser sei es, in Gefahrensituationen unbeteiligte Passanten um Hilfe zu bitten oder mit akustischen Signalgeräten auf sich aufmerksam zu machen.

Kritisch sieht die GdP auch die zunehmende Verbreitung von Messern, vor allem bei Jugendlichen und Heranwachsenden. Die Gefahr, dass es durch ein Messer zu lebensbedrohenden oder gar tödlichen Verletzungen kommen kann, werde von denjenigen, die die Waffen mit sich führen, meist unterschätzt, warnte GdP-Landesvorsitzender Plickert Ende Januar nach dem tödlichen

Messerangriff eines 15-Jährigen auf einen 14-Jährigen Mitschüler in Lünen. Zwar ist die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen in den vergangenen Jahren weiter zurückgegangen, aber dort, wo es zu Gewalttaten kommt, nimmt deren Brutalität zu. Auch schwere Verletzungen des Opfers werden in Kauf genommen. Dabei sind die Anlässe meist nichtig.

Um diesem Phänomen besser entgegenzutreten zu können, sind aus Sicht der GdP keine weiteren Strafverschärfungen erforderlich, sondern eine konsequente Anwendung der bereits bestehenden Gesetze. Zudem fordert die GdP, dass Messerangriffe in den Polizeistatistiken genauer erfasst werden, um auf dieser Grundlage neue Präventionsstrategien entwickeln zu können.

Dass die Zahlen wichtig sind, zeigt auch ein Blick auf die Bundesländern, in denen Straftaten mit dem Tatmittel Messer in der Krimi-

nalstatistik gesondert erfasst werden. In Berlin ist das bereits seit 2008 der Fall. Im Jahr 2016 spielten in Berlin bei den Delikten Mord, Totschlag, Raub sowie gefährliche und schwere Körperverletzung bei 2 600 Taten Messer eine Rolle. In den ersten drei Quartalen 2017 galt das für 1 974 Fälle – und damit für ein vergleichbar hohes Niveau. Das gilt auch – und für den Zehn-Jahres-Vergleich: 2008 hatte die Berliner Polizei 2 500 Taten erfasst, bei denen die Täter Messer eingesetzt hatten.

Verglichen mit den 16 306 Gewaltdelikten, zu denen es 2016 in Berlin gekommen ist, entspricht die Gesamtzahl aller Messerattacken mit rund 2400 Fällen einem hohen Anteil. Auch für NRW dürfte ein ähnlich hoher Anteil zu erwarten sein, allerdings auf der Basis einer größeren Gesamtzahl aller Straftaten.



GdP-Mitglied zu sein lohnt sich. Mitglieder werben auch! Als kleines Dankeschön für ihr Engagement können sich alle GdP-Mitglieder eine tolle Prämie aussuchen, wenn das neu geworbene Mitglied auf der Beitrittserklärung den Namen des Werbers angibt. Ihr könnt wählen, ob ihr einen 25-Euro-Gutschein haben möchtet (einzulösen bei der OSG oder dem VDP) oder z. B. das Premium „Weber Grillbesteck“ oder die beliebte „Hunter-Tasche“. Wer die Wahl hat, hat die Qual, jetzt seid ihr gefragt – werben lohnt sich! Mehr Info: www.gdp-nrw.de

Die Bodycam kommt – aber ein anderes Modell

Ein Jahr nach dem Beginn des noch vom damaligen Innenminister Ralf Jäger (SPD) gestarteten Probelaufs zum Einsatz von Bodycams bei der NRW-Polizei hat dessen Nachfolger Herbert Reul (CDU) Mitte Januar angekündigt, dass die Kameras flächendeckend in NRW eingeführt werden. Die bislang im Pilotversuch eingesetzten Kameras, bei der sich der Angreifer auf einen Polizisten selber im Display der Kamera sehen kann, hält Reul allerdings für ungeeignet. Die Kameras seien ständig störanfällig

und zu schwer, erklärte Reul Ende Januar im Düsseldorfer Innenausschuss. Deshalb sei eine Neuausschreibung geplant. Die neuen Geräte sollen ab Mitte des Jahres landesweit eingeführt werden.

Für die GdP ist die geplante flächendeckende Einführung der Bodycam ein großer Erfolg. Sie hatte die damalige rot-grüne Landesregierung immer wieder gedrängt, auch in NRW den Einsatz von Bodycams zuzulassen, um die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten einzudämmen.



Ruhrfestspiele 2018: Heimat, Herkunft und Identität



„Heimat“ lautet 2018 das Motto der gemeinsam von der Stadt Recklinghausen und dem DGB veranstalteten Ruhrfestspiele. Fast 300 Aufführungen von Gerhard Hauptmann über Bertolt Brecht und Friedrich Dürrenmatt bis hin zu zeitgenössischen Autoren wie Michael Ojake und Konstantin Küsper werfen aktuelle Fragen zu den Themen Herkunft und Identität, Heimat und Flucht auf.

Auch das Ende des Steinkohlebergbaus steht im Zentrum der Spielzeit 2018. Die Ruhrfestspiele wurden seit jeher von den Menschen im Revier und des Bergbaus maßgeblich geprägt. Die Geschichte und Bedeutung dieser nun zu Ende gehenden Ära werden anhand von Musiktheater-, Artistik- und Tanzproduktionen, Straßentheater, Konzerten sowie einem zweitägigen Forum künstlerisch beleuchtet.

Das älteste Theaterfestival Europas startet am 1. Mai mit Dürrenmatts tragischer Komödie über eine folgenschwere Rückkehr in die Heimat: „Der Besuch der alten Dame“.

GdP-Mitglieder haben Anfang April die Möglichkeit, eines von sechs Tickets über die Facebook-Seite der GdP NRW zu gewinnen! Weitere Tickets gibt's mit DGB-Rabatt unter: www.ruhrfestspiele.de

Das älteste Theaterfestival Europas startet am 1. Mai mit Dürrenmatts tragischer Komödie über eine folgenschwere Rückkehr in die Heimat: „Der Besuch der alten Dame“.

GdP-Mitglieder haben Anfang April die Möglichkeit, eines von sechs Tickets über die Facebook-Seite der GdP NRW zu gewinnen! Weitere Tickets gibt's mit DGB-Rabatt unter: www.ruhrfestspiele.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der April-Ausgabe
ist der 6. März.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 8.3. Ruth Kapeluch, Dortmund
- 10.3. Katharina Rosarius, Bonn
- 24.3. Klaus Stark, Rheinberg
- 25.3. Leonhard Wohlfahrt, Moers
- 28.3. Hans Roth, Wachtberg
- 29.3. Siegfried Karge, Hamm
- 30.3. Irmgard Körner,
Mönchengladbach

91. Geburtstag

- 9.3. Rosemarie Schenkel, Köln
- 11.3. Rudolf Tappeser, Münster
- 22.3. Agnes Opitz, Heinsberg
- 28.3. Elfriede Heusing, Hünfeld

92. Geburtstag

- 12.3. Hermann Krüger, Gelsenkirchen
- 16.3. Franz Fester, Iserlohn
- 20.3. Ursula Droese, Dorsten
- 21.3. Lorse Isermann, Wermelskirchen
Marguerite Mingo,
Gelsenkirchen
- 24.3. Friedrich König, Bielefeld
Albert Schaub, Gelsenkirchen
- 26.3. Hubert Kieven, Jülich

93. Geburtstag

- 1.3. Martha Krusche, Köln
- 10.3. Kurt Werner, Köln
- 21.3. Heinz Luge, Bedburg
- 23.3. Heinrich Frosting, Dortmund
- 29.3. Hans Skoberne, Telgte

94. Geburtstag

- 8.3. Elisabeth Brendgen,
Mönchengladbach
- 10.3. Gerhard Cyranek, Troisdorf
- 16.3. Alfred Schiewer, Solingen
- 26.3. Hubertine Derichs,
Geilenkirchen

95. Geburtstag

- 16.3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
- 21.3. Joachim Kirmse,
Neunkirchen a. Sand

96. Geburtstag

- 4.3. Wilhelm Groß, Düsseldorf
- 18.3. Helmut Jürgens, Bielefeld

97. Geburtstag

- 16.3. Gertrud Hantschel,
Burgkunstadt
- 25.3. Max Frost, Swisttal
- 29.3. Otto Faßbinder, Alsdorf

98. Geburtstag

- 4.3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 18.3. Trude Hakelberg, Köln
Emilie Lotz, Wuppertal

102. Geburtstag

- 5.3. Paul Possart, Bonn

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen
Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





Jahresabschlussfahrt auf dem Rhein

3. bis 7. Dezember 2018

Entfliehen Sie dem Vorweihnachtsstress und gehen Sie mit uns auf eine 5-tägige Kurzreise vorbei an Burgen, Schlössern und Klöstern auf dem Rhein.

Im Jahr 2018 fahren wir ab Köln mit der A-ROSA AQUA in südlicher Richtung über Mannheim nach Kehl und wieder nordwärts über Mainz zurück nach Köln.

Auf dieser Route haben Sie die Möglichkeit die Weihnachtsmärkte in Mannheim oder Heidelberg, Straßburg und auch in Mainz zu erkunden, zu erleben und sich mit allen - mehr oder auch weniger - notwendigen Weihnachtsgeschenken für sich und Ihre Lieben einzudecken.

Reisepreis pro Person in einer Doppelkabine ab € 569,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung für weitere Informationen an oder besuchen Sie uns im Internet unter www.gdp-reiseservice.de.

GdP aktiv

1. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe AP Düsseldorf, 14:00 Uhr, Aula der Liegenschaft Hilden, Zum Forsthaus 16, Hilden

1. 3., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf, 14:00 Uhr, Schützenhaus St. Sebastianus Schützenverein, Heidelberger Str. 4, Düsseldorf. Da auf der Versammlung über die Fusion der beiden Kreisgruppen Düsseldorf und AP Düsseldorf entschieden werden soll, sind die Mitglieder beider Kreisgruppen eingeladen

7. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen, 14:00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 55 – 57, Aachen

10. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str., Hückelhoven. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich

14. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14:00 Uhr, An der Abtei 1, Duisburg

21. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16:00 Uhr, Hotel Wilhelmshöhe, Werdohler Str. 54, Neuenrade

21. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim Mittwoch, 14:00 Uhr, ehemaliger Speisesaal, Liegenschaft Norbertstr. 165, Essen

26. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17:00 Uhr, Haus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen

Anmeldung bitte bis zum 16. 3. 2018 an siegfried.czernik@web.de oder Tel.: 01 76/39 33 79 88

29. 3., Skat- und Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15:00 Uhr, Kreisverwaltung Heinsberg, Kantine, Valkenburger Str. 45, Heinsberg

Glücksnummern des Monats

45 11392
Susanne Mengis, Bochum
45 11388
Andreas Köhler, Olpe
45 11394
Svenja Böhmer, LZPD
45 11391
Carsten Peitz, BZ Erich Klausener

Die Gewinner im März erhalten eine GdP-Taschenlampe „Chronos“.

4. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15:00 Uhr, Polizeipräsidium, Roter Saal, Königswinterer Str. 500, Bonn, Startgeld: 5 Euro

24.–26. 4., Zukunft beginnt jetzt – Landesdelegiertentag 2018, Maritim Hotel, Maritim-Platz 1, Düsseldorf

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

7. März, 14:00 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach, KHK Schorn, Kriminalprävention KPB Düren zum Thema Sicher zu Hause und unterwegs

Kreisgruppe Duisburg

Terminänderung

14. März, 14:00 Uhr, Tagungsort Abtei, An der Abtei 1, 47166 Duisburg, die Senioren-Mitgliederversammlung am 14. März 2018 wurde abgesagt, der Seniorenvorstand

bittet alle GdP-Senioren an der Jahreshauptversammlung teilzunehmen

Kreisgruppe Heinsberg

22. März, 15:00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Jahresrückblick, Veranstaltungskalender 2018, Änderungen BVO NRW, Aktuelles aus dem Versorgungsrecht

Kreisgruppe Köln

15. März, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2–4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Lutz Pakendorf

von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner e.G. gibt Hinweise zur richtigen Grabauswahl und zeitgemäße Grabgestaltung in den Bestattungsgärten

Kreisgruppe Minden-Lübbecke

8. März, 15:00 Uhr, Johanneskirchhof, Johanneskirchhof 4, 32423 Minden, Dennis Steinkamp von der PVAG/Signal-Iduna zur Seniorenunfallversicherung und Erben und Vererben, Anmeldung erforderlich bis 1. März 2018 unter Telefon 05 71/3 58 11 oder E-Mail claus.kynast@t-online.de

NACHRUFE

Günter Buchholz	20.06.1940	Aachen	Erich Vössing	31.12.1922	Höxter
Herbert Brell	12.01.1937	Bergisches Land	Gustav Mouritz	17.04.1922	Krefeld
Frank Scheibler	03.11.1959	Bergisches Land	Bernd Babenhauserheide	18.01.1960	Lippe
Maria Erika Schneider	08.05.1919	Bergisches Land	Ursula Bothe	02.03.1920	Lippe
Rosemarie Brandt	10.09.1938	Bochum	Günter Beckmann	21.10.1923	Märkischer Kreis
Horst Sowade	09.01.1932	Bonn	Karl Rüter	01.07.1933	Minden-Lübbecke
Helene Timpe	02.09.1924	DHPol	Britta Halkour	14.11.1973	Mönchengladbach
Ruth Radomski	23.03.1924	Dortmund	Max Hellmann	27.08.1933	Mönchengladbach
Helmut Lange	06.08.1935	Düren	Brigitte Quellmelz	06.09.1930	Oberberg. Kreis
Hans-Georg Ahlers	22.07.1934	Düsseldorf	Martin Reene	21.09.1957	Oberberg. Kreis
Thomas Benick	21.06.1959	Essen/Mülheim	Karlheinz Ponizy	29.03.1930	Recklinghausen
Heinrich Henne	13.04.1949	Essen/Mülheim	Karl-Heinz Engels	16.03.1939	Selm
Klaus Schmieder	28.12.1948	Essen/Mülheim	Erhard Ebenhöf	10.07.1934	Unna
Herbert Schmitz	28.02.1926	Euskirchen	Werner Holz	12.08.1957	Wesel

